

Tolerade 2023 – Redebeitrag Floor Menschenrechte

Mission LIFELINE, Seebrücke Dresden, Zeugen der Flucht, Refugee Law Clinic,
RAA Sachsen



Liebe Freund:innen, Liebe Teilnehmer:innen, Liebe Menschen,

Hand auf's Herz, jetzt mal ganz ehrlich:

Wir leben in Deutschland in einer Demokratie, welche sich, laut Grundgesetz auf die Menschenrechte stützt. Wir profitieren von ihnen, wir preisen sie hoch. Unsere Außenministerin vergisst auf ihren Reisen und Terminen nie, darauf aufmerksam zu machen. Dennoch gibt es mehr als genug Momente und Orte, an denen unsere Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Wir sind Teil der EU. Was an deren Außengrenzen passiert, trägt die Politik unseres Landes mit. Seit Jahren beteiligt sich die Grenzschutzagentur Frontex an rechtswidrigen Pushbacks. Menschen werden illegal über das Meer in die Türkei oder nach Libyen zurückgeführt. In Bulgarien verhaftet, geschlagen und abgeschoben. Es wird auf sie geschossen oder man lässt sie im Mittelmeer und in den Wäldern im Grenzgebiet sterben. Das heißt Tod durch Unterlassung zum Zweck der Abschreckung.

Menschenrechtsverletzungen sind an den europäischen Grenzen zur Routine geworden.

Hand auf's Herz: Was hat das noch mit den Normen und Werten, auf denen sich die EU gründete, zu tun? Passt das zu Artikel 1 unseres Grundgesetzes?

In den letzten 10 Jahren sind über 26.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Sie waren auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Not. Die Zahlen steigen seit 2022 wieder dramatisch. Die öffentliche Anteilnahme hierfür nimmt kontinuierlich ab, ebenso wie die Bereitschaft, politische Konsequenzen daraus zu ziehen. Auch ist die deutsche Willkommenskultur ganz schön abgekühlt.

Das Verkehrsministerium kündigte an, die Sicherheitsanforderungen für kleine Schiffe zu verschärfen. Rettungsschiffe von NGOs sollen, wie Frachter behandelt werden. Die Umrüstung kostet Unsummen. Damit wird die zivile Seenotrettung unmöglich gemacht.

Hand auf's Herz: Hinterfragen wir noch, ob Regierende sich an das Grundgesetz halten, auf welches sie vereidigt wurden? Wenigstens an Artikel 1?

Bei Treffen und in Gesprächsrunden kam häufig die sehr schlechte Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Sachsen und dem Abschiebehaftgefängnis Dresden zur Sprache. Neben den zweifelhaften Unterbringungsbedingungen und der schlechten medizinischen Betreuung ist die Begleitung durch unser schwieriges Rechtssystem ein wesentlicher Punkt. Es liegt auf der Hand, dass letztere, wenn sie unabhängig sein soll, nicht von Angestellten eben dieses Systems geleistet werden kann. So ist es aber aktuell in Sachsen und Dresden üblich.

Deshalb kämpfen wir für

- die Möglichkeit, dass ehrenamtliche Strukturen zu festen Terminen in den EAE geflüchtete Menschen beraten
- einen regelmäßigen Beratungstermin im Abschiebehaftgefängnis für die Abschiebehaftkontaktgruppe.

In Sachsen und generell in Ostdeutschland erleben wir gerade eine neue Stufe rassistischer und rechtsextremer Mobilisierungen. Zur Zielscheibe von Gewalt werden Geflüchtete und deren Unterstützer:innen. Menschen nicht weißer Hautfarbe, anderer Religion oder sexueller Orientierung sowie Journalist:innen, die über jene Zustände berichten. Demonstrationen vor und Brandanschläge auf Sammelunterkünfte für Geflüchtete häufen sich.

Hand auf's Herz: Bekommen wir mit, wenn die aus Tschetschenien stammende Verkäuferin gemobbt wird, der syrische Nachbar an manchen Tagen die Öffentlichkeit meidet, die geduldete Flüchtlingsfamilie bei jedem vorbeifahrenden Polizeiauto zusammenzuckt?

Bemerken wir, dass der/die Nachbar:in nicht weißer Hautfarbe von den anderen Nachbar:innen beleidigt wird?

Nehmen wir verbale und körperliche Attacken auf politisch aktive Menschen, besonders im ländlichen Raum, überhaupt noch wahr?

Fordern wir die Politik heraus, wenigstens dafür zu sorgen, dass Artikel 1 des Grundgesetzes für alle Menschen gilt!

Wir stehen heute hier, um euch zum Nachdenken zu bringen. Wir, das sind Mission LIFELINE, die Seebrücke Dresden, Zeugen der Flucht, die Refugee Law Clinic und die RAA Sachsen.

Wir fordern gemeinsam von der Politik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene ein grundlegendes Umdenken:

Lasst alle, die sich für Menschen auf der Flucht sowie deren Rechte und Schutz einsetzen, ihre Arbeit machen. Wenn ihr selbst kein politisches Konzept habt, dann unterstützt sie! Sorgt dafür, dass Rassist:innen und Antidemokrat:innen endlich in ihre Schranken verwiesen werden.

Ein Anfang dafür wäre ein Demokratiefördergesetz, was unsere Anliegen berücksichtigt.

Setzt euch dafür ein, dass der erste Satz unseres Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, endlich zum Tragen kommt!